



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2017

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)
Drucksache 19/5237**

Inhalt des Antrags: **Gehörlosengeld und Taubblindenassistenz**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 01 Ministerium
Buchungskreis: 2700

Produktnummer lt. Leistungsplan 5

Bezeichnung lt. Leistungsplan Soziale Sicherung

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan 2018:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	46.101,0	+1.780,0	47.881,0
Produktabgeltung	46.009,9	+1.780,0	47.789,9

Leistungsplan 2019:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	46.149,8	+2.000,0	48.149,8
Produktabgeltung	46.056,0	+2.000,0	48.056,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Das Land zahlt analog zum Blindengeld mit dem Gehörlosengeld eine Nachteilsausgleichszahlung für Gehörlose. Damit sollen Sonderbedarfe für Hörgeschädigte (Gebärdensprachdolmetscher, technische Mehrbedarfe, Assistenz, soweit sie nicht anderweitig sichergestellt ist, etc.) finanziert werden. Dies stellt einen wichtigen Beitrag zur Absenkung der Kommunikationsbarrieren zwischen den Hörgeschädigten und ihren Mitmenschen dar. Gleichzeitig wird damit dem Grundsatz der Gleichbehandlung Rechnung getragen. Insbesondere soll die Regelung Menschen mit einer doppelten Behinderung (Hör- und Seh-, meist auch Sprachbeeinträchtigung) Möglichkeiten der Teilhabe am täglichen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Eine Ausbildung von Assistentinnen und Assistenten für Menschen mit Taubblindheit soll 2018 beginnen. Dafür muss eine Kooperation mit einer Ausbildungseinrichtung eingegangen werden und die Ausbildung von Seiten des Landes finanziert werden (2018: 80.000 Euro; 2019: 100.000 Euro). Das Qualifikationsprofil soll den Kriterien des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes entsprechen und als Beruf anerkannt werden.

Wiesbaden, 30.11.2017

Für die Fraktion DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler